

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Gespräche über Hongkong

(spk) Die 5. Runde der chinesisch-britischen Gespräche über die politische Zukunft von Hongkong hat am Montag in Peking begonnen. Die Verhandlungen, die sich seit dem 22. April hinziehen, haben bisher nur wenig Fortschritte gebracht. Vor Beginn der neuen, zweitägigen Runde warnen Vertreter der Kronkolonie, die Zeit werde knapp, sich über die Verfahren für die 1995 anstehenden Wahlen für das Hongkonger Parlament zu einigen.

«Privat-Pipeline» entdeckt

Die Schmuggler werden immer erfinderischer, um die UNO-Sperre gegen Jugoslawien zu umgehen. Nach Angaben der ungarischen Grenzschutz vom Montag entdeckten ungarische Arbeiter bei Säuberungsarbeiten im Grenzgebiet zu Serbien ein in den Boden eingegrabenes Gummirohr. Das Rohr war etwa 270 Meter lang und verband über die Grenze hinweg zwei Gehöfte. Wie die herbeigerufenen Zöllner herausfanden, floss in dieser «Privat-Pipeline» bereits seit Monaten Treibstoff von Ungarn nach Jugoslawien und Weinbrand in die umgekehrte Richtung.

Schaffung einer Strafnorm gegen die Geldwäscherei

FBP-Motion fordert eine Änderung des Strafgesetzbuches – Verhindern, dass Liechtenstein vom internationalen Verbrechen missbraucht wird

(G.M.) – Die Problematik der Geldwäscherei taucht in periodischen Abständen immer wieder in der Öffentlichkeit als Gesprächsthema auf, wobei Finanzplätze mit gut ausgebauter Infrastruktur von den Geldwäschern offenbar bevorzugt in Beschlag genommen werden für ihre kriminellen Handlungen. Auch im Zusammenhang mit der Schaffung eines neuen Bankengesetzes waren im Landtag warnende Worte in dieser Richtung zu vernehmen. Die FBP-Fraktion, der die Sauberhaltung des Finanzplatzes Liechtenstein gemäss den zu vernehmenden Voten besonders am Herzen lag, hat in der Zwischenzeit eine Motion eingereicht, die dem Landtag in der nächsten Sitzung zur Behandlung vorliegt.

Die FBP-Motion fordert die Regierung auf, dem Landtag eine Änderung des Strafgesetzbuches in Vorschlag zu bringen, damit Handlungen, die geeignet sind, die Ermittlung der Herkunft, die Auffindung oder die Einziehung von Vermögenswerten, die aus Verbrechen stammen, zu vereiteln, verfolgt und bestraft werden können. Die Motion erhält angesichts der laufenden Berichte über Geldwäschereien einen aktuellen Anstrich, weist aber gleichzeitig auch auf ei-

nen Handlungsbedarf hin, denn das Strafgesetzbuch des Fürstentums Liechtenstein regelt bis heute die Geldwäscherei als Straftatbestand nicht, sondern kennt nur die sogenannte Erlösehehlerei, die von Fachleuten jedoch nicht als ausreichende Grundlage für die Strafbarkeit der Geldwäsche angesehen wird.

Was ist Geldwäsche?

Die Geldwäscherei kennt vielerlei Erscheinungsformen, doch im Grundsatz geht es überall um das gleiche: Es sind Handlungen, mit denen aus Straftaten herrührende Gelder unkenntlich gemacht und einer legalen Verwendung zugeführt werden sollen. Die Geldwäsche ist darauf ausgerichtet, dieses schmutzige Geld, das unmittelbar aus der Begehung von Straftaten stammt, gegen einen anderen Vermögenswert auszutauschen. «Es gibt eine Tendenz», schrieb Prof. Dr. Carl Baudenbacher in der Liechtensteinschen Juristenzeitung, «schmutziges Geld in bestimmte Finanzplätze von internationaler Bedeutung zu transferieren, welche die erforderliche Infrastruktur für die gewünschten Operationen bieten».

Schutz vor Missbrauch

Vor diesem Hintergrund begründete

die FBP-Fraktion ihre Motion mit den folgenden Worten: «Das Problem der Geldwäscherei ist mit der Entwicklung des international organisierten Verbrechens in jüngster Zeit vermehrt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Massgeblich dazu beigetragen hat die Expansion des Drogenhandels. Auch wenn Berufsverbrecher immer schon auf Absatzhilfe für Deliktgut angewiesen waren, so hat mit der Geldwäscherei die Bewirtschaftung deliktischer Erträge einen ganz neuen Stellenwert erhalten.

Während die Täter der herkömmlichen Schwerkriminalität sich die Beute regelmässig teilen und zur Vermeidung der Entdeckung individuell über eine gewisse Zeit gestaffelt wieder in Umlauf gesetzt haben, sind die Aktivitäten des organisierten Verbrechens auf Dauer angelegt. Es ist bekannt, dass Verbrecherorganisationen vor allem Finanz- und Dienstleistungsplätze benützen, die leistungsfähig sind, um ihr Kapital diskret und rasch reinvestieren und dabei seine kriminelle Herkunft verbergen zu können. Um zu verhindern, dass unser Land vom internationalen Verbrechen missbraucht werden kann, sind die Motionäre der Ansicht, dass es angezeit ist, rasch eine Strafnorm über die Geldwäscherei zu schaffen.»

Um den Straftatbestand der Geldwäscherei in das Strafgesetzbuch aufnehmen zu können, hat die Regierung 1989 bereits einen Entwurf ausgearbeitet, der in die Vernehmlassung geschickt wurde.

Anschliessend wurde diese Gesetzesänderung nicht mehr weiter verfolgt, im vergangenen Herbst legte die Regierung jedoch eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vor, dessen Bestimmungen sich an der Verhinderung der Geldwäscherei orientierten. Die Vorlage, die vom Landtag in Behandlung gezogen und verabschiedet wurde, diente als Zwischen- oder Übergangslösung, um sicherzustellen, dass die EG-Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche bis zum Inkrafttreten des EWR-Abkommens innerstaatlich umgesetzt werden kann. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, dass zur Angleichung an das EG-Recht die Beschränkung der Geldwäscherei auf Drogendelikte genüge, eine Ausdehnung auf andere Verbrechen derzeit nicht erforderlich sei. Die FBP-Motion ist im Gegensatz dazu der Auffassung, dass ein Straftatbestand Geldwäscherei möglichst rasch geschaffen werden sollte und sich eine Änderung des Strafgesetzbuches in diesem Sinne aufdränge.

Vertretung in Belgien

Regierung erwägt Akkreditierung beim belgischen Staat

(G.M.) – Die Regierung hat dem Landtag, wie bereits berichtet, einen Antrag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterbreitet. Gleichzeitig teilt die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag auch mit, dass die Akkreditierung Liechtensteins beim belgischen Staat geplant sei.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften erfolgt auf Antrag an die EG-Kommission. Kommt es seitens der zwölf EG-Mitgliedstaaten zu keinen Einwänden, nachdem sich auch der Rat mit dem Ansuchen beschäftigt hat, so können die diplomatischen Beziehungen aufgenommen und die Ständige Vertretung eingerichtet werden.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung der Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften, die von der Regierung in einem Antrag an den Landtag befürwortet wird, spricht sich die Regie-

rung auch für eine Vertretung beim belgischen Staat aus und begründet diesen Schritt mit den folgenden Worten: «Als Sitzstaat der EG-Institutionen erteilt der belgische Staat die Privilegien und Immunitäten und ist wichtiges Bindeglied für die Missionen bei der EG. Aus praktischen Erwägungen und im Interesse einer vollen Teilnahme am diplomatischen Geschehen in Brüssel sowie einer Kontaktnahme auf möglichst breiter Ebene empfiehlt es sich, gleichzeitig mit der Akkreditierung bei den Europäischen Gemeinschaften eine Akkreditierung beim belgischen Staat vorzunehmen.»

Unser Land verfügt derzeit über eine Botschaft in Bern sowie über eine Vertretung in Wien und beim Heiligen Stuhl, deren Interessen von nichtresidierenden Botschaftern wahrgenommen werden. Ausserdem gibt es eine Vertretung bei der UNO, bei der EFTA und beim Europarat.

Kleinstaat und Europa

Vortrag von Dr. Hubert Büchel vor dem Salzburger Wirtschaftsforum

(G.M.) – Über den Kleinstaat und seine Möglichkeiten im sich neu formierenden Europa sprach vor einigen Tagen Dr. Hubert Büchel, Leiter der Dienststelle für Bankenaufsicht, vor dem Salzburger Wirtschaftsforum. Er vertrat dabei die Auffassung, dass der Integrationsprozess für alle Staaten eine Herausforderung darstelle: Je kleiner ein Land sei, umso grösser die Herausforderung.

Die Darstellung Liechtensteins vor dem Salzburger Wirtschaftsforum erfolgte durch Dr. Hubert Büchel in Vertretung von Regierungschef Markus Büchel, der diesen Termin aus innenpolitischen Gründen nicht wahrnehmen konnte. Nach einer Darlegung der spezifischen Eigenheiten des Kleinstaates Liechtenstein unterstrich Dr. Hubert Büchel, dass Kleinstaaten den Zugang zu einem grossen Wirtschaftsraum notwendig hätten. «Kleinstaaten benötigen

eine Vielfalt an Kooperationen mit Nachbarstaaten und Nachbarregionen», erklärte er mit Hinweis auf verschiedene vertragliche Vereinbarungen Liechtensteins mit der Schweiz und Österreich. «Vor allem in den Bereichen Bildungs- und Gesundheitswesen. Ohne Kooperation mit den Nachbarstaaten könnten bestimmte staatliche Leistungen gar nicht oder nur mit überproportionalem Aufwand erbracht werden.»

Aufgabe eines jeden Kleinstaates ist es nach seinen Worten, die richtige Kombination von innerer Geschlossenheit und Offenheit nach aussen zu finden, wenn der Kleinstaat die innere Selbstisolation vermeiden möchte. Durch die Einbindung in Europa gewinne Liechtenstein an Souveränität, gab Dr. Hubert Büchel zu verstehen, so widersprüchlich diese Aussage auf den ersten Blick auch erscheinen möge.

Ernüchternde Bilanz der Währungshüter

Basel (AP) Die Notenbanken sind über die hartnäckige Wachstumskrise in den Industrieländern, die steigende Arbeitslosigkeit und die Protektionismusgefahr besorgt. An ihrer Generalversammlung vom Montag in Basel räumte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zudem ihre begrenzte Handlungsfähigkeit gegen die Devisenspekulation ein.

«Lichtblicke gibt es fast nur ausserhalb Europas», schreibt BIZ-Generaldirektor Alexandre Lamfalussy im Jahresbericht der Bank der Zentralbanken. Und Bengt Dennis, Präsident der BIZ und der schwedischen Notenbank, bezeichnete in seiner Rede vor den Zentralbankpräsidenten die jüngste Vertiefung der Rezession in Deutschland als besonders besorgniserregend. Mit Sorge verfolgen die Notenbanken auch die Entwicklung in der Handelspolitik mit dem Trend zum Bilateralismus und Regionalismus. Hier sei dringend grösseres Engagement erforderlich. Breiten Raum widmen die BIZ-Verantwortlichen der Krise auf den europäischen Devisenmärkten vom vergangenen Herbst. Im Urteil Lamfalussys handelte es sich um die «ärgsten je aufgetretenen spekulativen Attacken». Die Devisenmarktkrise habe sehr anschaulich gezeigt, dass das Potential für die Beeinflussung der Wechselkurse durch private Kapitalströme in den letzten zehn bis 15 Jahren dramatisch zugenommen habe. «Einen festen Wechselkurs aufrechtzuerhalten ist heute auf jeden Fall viel schwieriger als früher», sagte BIZ-Präsident Dennis.

Die erste Lehre aus der Devisenmarktkrise bestehe darin, dass Wechselkursbindungen nur dann aufrechterhalten werden könnten, wenn die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten stimmten.

Von entscheidender Bedeutung seien dabei solide öffentliche Finanzen. Die Notenbanken können es sich angesichts des gewaltigen Potentials von spekulativen Kapitalströmen nicht leisten, die zentrale Rolle von Erwartungen zu ignorieren, wie es im Jahresbericht der BIZ heisst. Eine grosse Bedeutung komme sodann der Glaubwürdigkeit von währungspolitischen Massnahmen zu. In der Praxis heisse dies, dass Interventionen auf den Devisenmärkten durch Zinsanpassungen untermauert werden müssten.

Neubau Post- und Gemeindezentrum Ruggell in Angriff genommen

Gestern vormittag erfolgte der Spatenstich durch Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner und Vorsteher Anton Hoop

(s.e.) – Die Gemeinde Ruggell und das Land Liechtenstein haben gestern vormittag im Beisein von Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner, Vorsteher Anton Hoop, den Gemeinderäten, Vertretern der KPD St. Gallen und des FL-Hochbauamtes mit dem symbolischen Spatenstich den Neubau des Post- und Gemeindezentrums in Angriff genommen. Rechtwinklig zum bestehenden Gebäude wird in den nächsten Monaten für 5,3 Mio Franken ein eigener Trakt mit modernst ausgestatteten Räumlichkeiten für die Gemeindeverwaltung entstehen. Damit werde, so Vorsteher Anton Hoop, ein altes Anliegen der Gemeinde Ruggell verwirklicht. Etwas mehr als 3,8 Mio Franken investiert das Land in die Post- und Gemeindeverwaltung (inkl. Sanierung des bestehenden Traktes), um die ebenfalls seit Jahren prekären Platzverhältnisse bei der Post zu beseitigen.

Die Realisierung einer eigenen Gemeindeverwaltung ist in Ruggell ein altes Anliegen. Wie Vorsteher Anton Hoop beim gestrigen Spatenstich in einem kurzen Rückblick festhielt, sei schon vor 10 Jahren der Bau der Gemeindeverwaltung in der mittelfristigen



Gestern vormittag erfolgte der Spatenstich zum neuen Post- und Gemeindezentrum in Ruggell. Für die neue Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner war dies die erste offizielle Amtshandlung seit der Übernahme des Baurechts. Links Architekt Hubert Bischoff, rechts Vorsteher Anton Hoop. (Bild: s.e.)

(Fortsetzung auf Seite 2)